



Mitteilungen des Bundes der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen im dbb

Landesverband Rheinland-Pfalz
Telefon: 06131/67 63 38

Adam-Karrillon-Str. 62
Internet: www.rlp-brh.de

55118 Mainz
E-Mail: banten@rlp-brh.de

Ausgabe 9/2016

Dezember 2016

Jahresrückblick 2016

Sehr geehrte Kolleginnen,
Sehr geehrte Kollegen,

mit diesem Schreiben beenden wir unsere Mitgliederinformationen 2016. In Nachbetrachtung der Ereignisse wird das Jahr 2016 in die Geschichte eingehen, als das Jahr, das aus den Fugen geriet. Die Engländer wählten den Ausstieg aus der Europäischen Union. Das bemerkenswerte an der Auseinandersetzung auf der Insel war, dass der Premierminister Cameron, sich sämtliche Unterstützung sowohl von Kanzlerin Merkel, dem französischen Präsidenten Hollande und Europapolitikern wie Jean-Claude Juncker und Martin Schulz verbeten hatte.

Die Amerikaner wählten einen Präsidenten, der in den Vorhersagen offensichtlich keine Chancen auf das Amt hatte. Die Auguren hatten in beiden Fällen etwas anderes vorhergesagt.

Kriege tobten in allen Ecken der Welt, die Flüchtlingswelle ebte in Europa, so auch in Deutschland, ab. Damit ist aber nicht gesagt, dass dieses Problem gelöst ist. Von der Willkommenskultur für die Flüchtlinge hatte sich die Bundeskanzlerin bereits im März dieses Jahres verabschiedet.

Die große Koalition zerstritt sich im Großen und in Kleinigkeiten. Zum vierten Mal suchte Angela Merkel einen neuen Bundespräsidenten. Mit der Auswahl eines Kandidaten für das höchste Amt in Deutschland hat sie noch kein einziges Mal Glück gehabt. Horst Köhler stand mit dem politischen Betrieb in Berlin auf Kriegsfuß. Der auf das höchste Amt in Deutschland abgeschobene Christian Wulf scheiterte an persönlichen Affären. Zur persönlichen Blamage der Bundeskanzlerin wurde die Nominierung Joachim Gaucks. Nachdem sie sich vehement gegen den beliebten Kandidaten, den sie jetzt im Amt behalten wollte, gestellt hatte, musste Merkel schließlich klein begeben, nachdem ihr die FDP die Gefolgschaft verweigert hatte. Vor der jetzigen Wahl konnte sie noch nicht einmal einen Kandidaten aus den eigenen Reihen benennen. So kam es dann schließlich zu der Pressemeldung: „Merkel, Seehofer und Gabriel haben Steinmeier zum Bundespräsidenten gewählt“. Eine Blamage wie sie größer nicht sein kann. Die Wahl in das höchste Staatsamt in Deutschland, durch die nur für diese Wahl zusammentretende Bundesversammlung, ist nur noch eine Farce, dank Merkel.

In vier Landtagswahlen des Jahres 2016 schaffte die AfD den Einzug in die entsprechenden Landtage von Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. In Sachsen-Anhalt wurde sie sogar zur zweitstärksten Kraft. Auch in Rheinland-Pfalz sollte man zur Kenntnis nehmen, dass diese Partei mehr Landtagsabgeordnete stellt als die Regierungsparteien FDP und Bündnis 90/ Die Grünen zusammen. Die FDP und die Grünen sind durch ihre Regierungsbeteiligung überproportional aufgestellt. Bei sechs bzw. fünf Abgeordneten gibt es jeweils zwei Minister, zwei Staatssekretäre, einen Fraktionsvorsitzenden und einen Stellvertreter, also für alle einen Posten

Der Start der Landesregierung war offensichtlich gut gelungen. Aber dann kam die krachende Bauchlandung mit dem vermasselten Verkauf des Flughafens Hahn. Es hat den Anschein, dass die Betreiber eines Kaugummiautomaten bessere Geschäftsleute sind

als die Verantwortlichen der Landesregierung von Rheinland-Pfalz. Was uns als Steuerzahler am meisten ärgern dürfte ist die Tatsache, dass Millionen Euro (man spricht von 6.2 Mio) für eine Beratungsgesellschaft ausgegeben wurde, und das bei einem Gesamterlös von 13 Millionen.

Die Ampel-Koalition hat in dem Koalitionsvertrag dem öffentlichen Dienst den Abbau von 2000 Stellen verordnet. Angesichts der ständig zunehmenden Aufgaben für die Landesverwaltung ist das der völlig falsche Weg. Mit immer weniger Personal lassen sich die ständig wachsenden Aufgaben vermutlich immer schlechter und am Ende vielleicht gar nicht mehr bewältigen.

Zum Jahresende wurde dann auf den Parteitag aufgeräumt. Julia Klöckner, CDU, wurde für ihr Verhalten vor der Landtagswahl abgestraft, obwohl sie nach meiner Auffassung an dem Debakel viel weniger Schuld hatte als Bundeskanzlerin Merkel mit ihrer Flüchtlingspolitik.

Der SPD Vorsitzende Roger Lewens bekam auch „sein Fett“ für den verkorksten Handel beim Flughafen Hahn, und der Vorsitzende der Grünen wurde erst gar nicht wieder gewählt. Bei dem sinnlosen Hin- und Her in der Politik ist bei den Bürgern eine Politikverdrossenheit festzustellen, die sich mit Sicherheit auch bei der Bundestagswahl bemerkbar machen wird.

Die Arbeitnehmer der Länder, die Landesbeamten und die Kommunalbeamten haben auch in den zurückliegenden Jahren mehr Aufgaben unter noch mehr Druck zu erledigen gehabt. Gerade in den ökonomisch und gesellschaftlich schwierigen Jahren, die hinter und vor uns liegen, ist der öffentliche Dienst der Stabilitätsfaktor in unserer Gesellschaft. Mehr Aufgaben wird es auch in den nächsten Jahren für den öffentlichen Dienst geben. Mehr Arbeitsverdichtung werden die Beschäftigten auch in Zukunft zu spüren bekommen. Mehr Konkurrenz um qualifizierten und motivierten Nachwuchs wird es mit jedem neuen Ausbildungsjahr geben. Dieses Mehr an Herausforderung ist nicht ohne ein Mehr an Perspektive, an Struktur und an Klarheit zu bewältigen. Dem tragen unsere dbb-Forderungen nach Verbesserungen Rechnung.

Die Forderung des dbb nach 6 Prozent mehr Einkommen ist folgerichtig, wenn man bedenkt, dass die Anforderungen an die Landesbeschäftigten zwischen Kiel und München regelmäßig steigen. Außerdem gibt es inzwischen einen erheblichen Nachholbedarf von bis zu vier Prozent zwischen den Einkommen von Bundes- / Kommunalbeschäftigten und den vergleichbaren Beschäftigten in den Ländern. Hinzu kommt, dass die Inflationsrate mittlerweile wieder ansteigt. Und natürlich erwarten wir von den Landesregierungen, dass sie den linearen Teil des Tarifabschlusses zeit- und wirkungsgleich auf die Landes- und Kommunalbeamten übertragen. Die einkommenspolitische Geiselnahme der Beamten, um Löcher in den Haushalten zu stopfen, schadet dem Ruf des öffentlichen Dienstes, rettet eine verfehlte Finanzpolitik auch nicht mehr und ist gegenüber den Betroffenen einfach nur schäbig.

Von einigen Kreisverbänden sind bereits die Jahresprogramme übersandt worden. Zur Information stelle ich heute die Jahresveranstaltungen der Kreisverbände **Bad Dürkheim** und **Mainz** vor. Weitere Veröffentlichungen werden in den nächsten BRH-Nachrichten erfolgen.

Allen Kolleginnen und Kollegen, die im vergangenen Jahr Gewerkschaftsarbeit für den BRH - sei es in den Landesgremien oder Kreisverbänden - geleistet haben, sage ich ganz herzlichen Dank für ihre Tätigkeit.

Ihnen allen wünsche ich eine frohe und besinnliche Weihnachtszeit sowie einen guten und erfolgreichen Start in das Jahr 2017.

Mit kollegialen Grüßen



Vorsitzender